Christian Pfeiffer

Eine Explosion des Verbrechens?

In den letzten beiden Jahren haben Massenmedien, Politiker und Vertreter von Polizeiorganisationen sich gegenseitig darin überboten, die Bevölkerung warnend auf einen angeblich noch nie dagewesenen Kriminalitätsanstieg hinzuweisen. Das Arsenal an dramatischen Appellen ist inzwischen sprachlich weitgehend ausgereizt. Zuletzt war man bei der „Explosion des Verbrechens" angelangt. Zur Erklärung des Phänomens müssen meist ein tiefgreifender Wertewandel oder die in unserem Land lebenden Ausländer herhalten. Was ist von diesen Einschätzungen zu halten?

Zunächst einmal ergibt bereits ein Rückblick auf die Kriminalitätsentwicklung der letzten 20 Jahre einen überraschenden Befund: Die Zahl der pro 100 000 der Wohnbevölkerung polizeilich registrierten Straftaten hatte zwischen 1972 und 1982 um 66,9% zugenommen – und damit weit stärker als in den zehn darauf folgenden Jahren zwischen 1982 und 1992 mit einem Plus von 13,7%. Auch eine differenzierte Analyse des zweiten Zehnjahreszeitraums zeigt keine dramatischen Erkenntnisse. Zwischen 1982 und 1992 hatte die Kriminalitätsbelastung nur um 1% zugenommen, die Gewaltkriminalität war sogar leicht rückläufig. Erst nach Öffnung der Grenzen nach Osten ist es dann in den alten Bundesländern zu einem deutlichen Anstieg gekommen, der 1992 im Vergleich zum Vorjahr beachtliche 8,3% erreichte. Entsprechende Steigerungsraten hatte es aber auch schon in den 70er Jahren mehrfach gegeben.

Darüber hinaus zeichnet sich zum Jahr 1993 ab, daß sich jedenfalls in den alten Bundesländern das Anstiegstempo nicht fortgesetzt hat. In der zweiten Jahreshälfte ist es teilweise sogar zu einem deutlichen Sinken der Kriminalität gekommen. In Hamburg beispielsweise hat sich dadurch die Zahl der Straftaten im Vergleich zum Vorjahr um 7,6% reduziert.

Für die neuen Bundesländer wissen wir aus wiederholt durchgeführten Opferbefragungen, daß dort die Kriminalität seit 1990 stark zugenommen hat. Nach wie vor ermöglichen aber die Daten der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik keine genaue Beurteilung der neueren Entwicklung, weil aus den Jahren 1990 bis 1992 verläßliche Vergleichszahlen fehlen.

Welche Erklärungen bieten sich für den seit 1989 zu beobachtenden Kriminalitätsanstieg an? Auch insoweit enthalten die Daten der Polizei manch überraschende Erkenntnis. So hat die Kriminalitätsbelastung der ausländischen Arbeitnehmer seit 1989 leicht abgenommen, womit sich ein seit Mitte der 80er Jahre bestehender Trend weiter fortsetzt. Gleiches gilt in bezug auf die Deutschen, die 30 Jahre und älter sind. Nur bei Teilgruppen der westdeutschen Gesellschaft, insbesondere bei jungen Menschen im Alter von unter 25 und bei neu eingewanderten Ausländern, können wir einen deutlichen Anstieg der registrierten Kriminalität beobachten.

Für die gegenläufigen Trends von Jung und Alt sowie der integrierten und der nichtintegrierten Ausländer bietet sich als erste Erklärung die neuere Armutsentwicklung an. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist in Deutschland zwischen 1986 und 1993 um fast zwei Drittel angestiegen. Noch wich-

tiger als diese Zunahmen erscheint aber eine damit einhergehende gravierende Veränderung der Zusammensetzung der von Armut Betroffenen. Waren es vor zehn Jahren noch vor allem ältere Frauen, die die Hilfe des Sozialamtes in Anspruch genommen haben, so dominieren heute Kinder, Jugendliche und Heranwachsende. Zwischen 1980 und 1991 hatte sich der Anteil der 7- bis 20jährigen, die Sozialhilfeempfänger sind, von 2,8% auf 6,9% erhöht. Zur Entwicklung der letzten beiden Jahre liegen noch keine präzisen Zahlen vor. Nach Einschätzung von Experten dürfte sich die Lage der jungen Menschen aber weiter verschlechtert haben.

Verarmte ältere Frauen stellen aus kriminologischer Sicht keine Risikopopulation dar. Eher gilt das schon für junge Menschen, die sich in materieller Not befinden und frustriert erleben müssen, wie Gleichaltrige ihre Konsumbedürfnisse voll ausleben können. Da die Armut junger Menschen bei vielen von wachsender sozialer Desorganisation begleitet ist, vom Verlust sozialer Netzwerke und wichtiger Bezugspersonen kann es nicht überraschen, daß die Kriminalitätsbelastung der 14- bis 20jährigen in den letzten drei Jahren beispielsweise in bezug auf Diebstahl/Unterschlagung um mehr als 40% angestiegen ist.

Der Zusammenhang von Armut und sozialer Desorganisation einerseits und steigender Kriminalität andererseits läßt sich besonders deutlich bei den jungen Ausländern beobachten. Deren Anteil unter den Sozialhilfeempfängern hat sich in den letzten Jahren durch die große Zahl von Asylbewerbern aus Osteuropa auf fast ein Drittel erhöht. Hinzu kommt, daß junge Immigranten gegenwärtig kaum Chancen haben, Arbeit zu finden und daß ihnen die deutsche Bevölkerung mit wachsender Ablehnung begegnet. Beides erhöht die Gefahr, daß sie Straftaten begehen – einerseits aus materieller Not, andererseits weil die feindliche Atmosphäre bei ihnen Hemmungen abbaut. So hat zwischen 1989 und 1992 allein die Zahl der tatverdächtigen Ausländer aus den osteuropäischen Staaten von 55 000 auf 206 000 zugenommen. Der seit Juli des Vorjahres eingetretene, starke Rückgang der Asylbewerberzahlen hat wiederum erheblich dazu beigetragen, daß in der zweiten Jahreshälfte 1993 im Vergleich zu 1992 die Kriminalitätszahlen in den alten Bundesländern stagnieren oder gar rückläufig sind.

Die Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik zeigen ferner, daß der Kriminalitätsanstieg der 90er Jahre in den alten Bundesländern durch eine starke Zunahme der Drogenkriminalität junger Menschen sowie der mit ihr zusammenhängenden Beschaffungskriminalität der Konsumenten harter Drogen mitbedingt ist. Zwischen 1989 und 1992 hat sich die Gesamtzahl der aufgeklärten Straftaten, bei denen die Polizei als Tatverdächtigen einen Konsumenten harter Drogen registriert hat, mehr als verdoppelt – ein deutlicher Beleg dafür, daß die seit Jahrzehnten praktizierte Drogenpolitik gescheitert ist.

Die Schlußfolgerungen daraus liegen auf der Hand: Wachsende Gegensätze von arm und reich gefährden den inneren Frieden in unserem Land in gleicher Weise wie die Versäumnisse des Staates bei der sozialen und politischen Integration der eingewanderten Ausländer. Im übrigen ist es an der Zeit, daß der Staat aus dem Scheitern der Drogenpolitik die notwendigen Konsequenzen zieht.

Christian Pfeiffer, Hannover